

Die Macht den Verk...
Sturz des Kap...
Verfall und auferbau...
Bekannt...
Erläuterungen der Zeit...
Güter jenseits aber...
Europa. Seine Aus...
dass die Reichswehr...
einmal vorwärts, un...
ei den Verhandlungen...
Mächte an ein dem...
ist, dass man do...
auf völlige Ab...
habe, dass Deutsch...
zum wenigsten seine...
Stellung des Verbots...
Ausführung des Gene...
die Militärbindnisse...
Polen und ande...
sei aber die Reichs...
in China...
Ziang erklärte einen...
den Mitgliedern der...
verlangt habe...
Verbleiben der W...
der Errichtung einer...
rundsätzliche Bedenke...
ist auch im Augen...
hat. Er hat diese...
enthalten...
gegen ihn wegen...
an Spricht von einem...
vertrauten Finanzen...
dass er niemals...
macht bekannt, dass...
erklärt, dass er die...
auf dem besten...
wird und...
Berlin garantiert...
weiter Verhandlungen...
chinesischen Zentral...
Stadt Neuenbürg...
d. Gemeinderats...
tag, 28. Oktober...
ends 8 Uhr...
geordnung...
sachen...
sichule (Anschaffung...
Gegenständen)...
stiges...
schultheiß Knobel...
euenbürg...
sehr gut erhalten...
les = Anzug...
lle für Knaben vor...
sowie einen...
-Ueberzieher...
wert zu verkaufen...
fragen in der En...
schäftsstelle...
se circa 1,5 cbm rot...
trodenes...
ppenholz...
ber, bereits afrika...
und halbgewunden...
passend...
an die Geschäfts...
Platzes...
000-1500...
Sicherheit und zeit...
ins zu leihen gesucht...
te unter A. M. 2019...
glädler-Geschäftsstelle...
orzheim...
Artikel...
usw.,...
Anvergleichbar in...
nen sämtlichen...
lgenstr. 370...
erenalb...
fortigen Eintritt mit...
es...
ädchen...
18 Jahren gesucht...
Pohhotel.

Begabungspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 76 Goldpf. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G. / Bl. m. Postbezugs. Preise freibleib. Nachherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.
In Fällen hoh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jedw. Art entgegen.
Straßen-Post Nr. 24
O. B. - Geschäft Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis:
Die eins. Zeile über breiten Raum im Blatt 15, außerh. 20 Goldpf. Klei. Zeile 50 Goldpf. m. Post. Steuer. Kollekt. Anzeigen 100%. Zuschlag. Offerte und Ankaufserklärung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telephonische Aufträge wird hienächst Gewähr übernommen.

Deutschland.

Berlin, 26. Okt. Der bei Emden niedergegangene französische Freikorps ist nicht, wie französische Blätter berichten, beschlagnahmt worden; er soll nur so lange festgehalten werden, bis uns die Garantie gegeben wird, daß in Zukunft auch deutsche Passanten, die in Frankreich oder Belgien infolge einer Notlandung niedergehen müssen, freigelassen werden. In Frankreich ist es bisher nicht gelungen, in Belgien ist ein deutsches Flugzeug, das vor ungefähr einem Jahr niedergegangen ist, noch nicht beschlagnahmt. Die Befragung ist wochenlang verweigert und eingeperrt gewesen.

Die bayerischen Demokraten zur Lage.
München, 26. Okt. Heute trat hier der Landesauschuss der Deutsch-demokratischen Partei in Bayern zu einer Sitzung zusammen, wozu auch die beiden Reichsminister Geßler und Damm, sowie Reichstagsminister a. D. Koch erschienen waren. Dr. Geßler vertrat die Ansicht, daß man die Deutschdemokratischen zur Verantwortung in der Regierung zwingen müsse. Die demokratische Partei müsse die Politik der Mitte weiterführen. Die Deutsch-demokratische Partei in Bayern müsse der bürgerliche Block gegen den Faschismus sein. Das Ergebnis der Sitzung wurde in zwei Resolutionen festgelegt, worin zum Ausdruck kommt, daß die Deutsch-demokratische Partei, die von der Reichstagsfraktion seit Jahren verfolgte Politik billigt. Der Landesauschuss dankt der Reichstagsfraktion dafür, daß sie nicht ihre Hand zur Sabotierung ihrer Politik durch den Eintritt der Deutschdemokratischen in die Regierung geboten habe. Der Landesauschuss entnahm aus den Darlegungen Dr. Geßlers mit Bewunderung das seine grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der Deutschdemokratischen Partei derstehen und dankt ihm und auch dem Reichsminister Damm sowie dem Abg. Sparrer dafür, daß sie trotz der abweichenden Meinung in der Frage der Taktik der Partei die Treue hielten.

Zum Urteil im Genist-Vertrag.
In der Anklageurkunde führte der Oberstaatsanwalt nach der Feststellung, daß der gegen die D. C. erhobene Verdacht der Teilnahme an der Ermordung Erbgräbers, der Nichtanzeige dieses drohenden Verbrechens oder der Mitwirkung an dem Scheidemann-Attentat und dem Rathenau-Mord als nicht unbegründet erwiesen habe, weiter aus, daß das Vordringen der Agenten und Jutragen in ein Nichts zerfiel und fährt dann fort: Die Frage war zu prüfen, ob die D. C. die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bezweckt habe. Die Untersuchung ergab die zweifelsfreie Vermutung dieser Frage. Die an die einzelnen Mitglieder ausgegebenen Richtlinien haben den Kampf mit geistigen Waffen vor. In keinem der vielen tausend beschlagnahmten Schriftstücke fand sich auch nur eine Andeutung des Inhalts, daß die D. C. auf einen Umsturz hinarbeitet. Der Oberstaatsanwalt stellt in der Frage der Beschaffung der Geldmittel für die D. C. fest, daß die Vermutung, daß von der Industrie Geldvorräte gesammelt worden seien und daß bekannte Offiziere, Beamte, Großgrundbesitzer und Kaufleute die D. C. mit Geld unterstützt hätten, durch die Untersuchung als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend charakterisiert wurde. Die D. C. habe auch niemals eine Verbindung mit einer politischen Partei angenommen, noch auch den Versuch hierzu gemacht. Sie hielten sich vielmehr in Eigenes zu den Parteien, auch zu denjenigen der rechten Seite. Die Annahme, daß die D. C. die Befreiung bezweckt habe, die verfassungswidrig festgelegte republikanische Staatsform des Reiches zu untergraben, ist nach den Ergebnissen der Untersuchung nicht aufrecht zu erhalten. Aufrecht erhalten wird die Annahme wegen Geheimnisverrats und die Anklage wegen Verheimlichung einer Maschinenpistole.

Wägung der extremen Parteien bei den Hamburger Bürgerstimmwahlen.

Hamburg, 27. Okt. Die Wahlen zur Hamburger Bürgerstimmwahl sind am Sonntag bei verhältnismäßig geringer Wahlbeteiligung und abgesehen von einem Zwischenfall ohne Störung vor sich gegangen. Sie haben eine völlige Revision des Ergebnisses vom Mai 1921 gebracht. Es haben erhalten: die Sozialdemokratie 174 222, die Demokratie 73 382, die Volkspartei 73 892, die Deutschnationalen 91 781, die Kommunisten 78 642, die Katholiken 13 412, das Zentrum 8868, der Mieterverband 682, der Verein der Wohnungswirtschaften 3492, die Gewerbetreibenden 6592, die Grundeigentümer 2736, die Unabhängigen 2631, der freie Wirtschaftsbund 2296, der Volkswirtschaftsbund 280 und der Bauernverband 132. Danach haben im Verhältnis zu den Reichstagswahlen von 1924 die Sozialdemokraten rund 700 Stimmen gewonnen. Die Volkspartei hat annähernd 3000 Stimmen, die Demokraten rund 3000, die Katholiken rund 24 000, die Deutschnationalen rund 30 000 und die Kommunisten rund 37 000 Stimmen verloren. Die extremen Parteien sind also im Verhältnis zur Reichstagswahl sehr schlecht aus dem Wahlkampf herausgegangen. Sie haben insgesamt nicht weniger als 91 000 Stimmen eingebüßt. Daß diese Verluste sich nicht in entsprechende Gewinne der anderen Parteien ausgleichen konnten, liegt an der großen Wahlmüdigkeit, die trotz des beständigen Wahlkampfes sich bemerkbar machte. Zur Urne sind darnach noch vorläufiger Schätzung höchstens 70 Prozent der Wähler geschritten, während bei den Reichstagswahlen von 1924 annähernd 85 Prozent abstimmten. Auf Grund dieses Ergebnisses verteilen sich die Sitze in der neuen Bürgerstimmwahl wie folgt: Die Sozialdemokraten bleiben noch wie vor die stärkste Partei und erhalten 53 Sitze. Sie geben trotz ihres guten Abschneidens 16 Sitze ab, da die bisherige Bürgerstimmwahl auf Grund einer Wahl von 1921 zustandekam. Die Demokraten verlieren einen Sitz und sieben mit 2 Vertretern in die Bürgerstimmwahl ein. Genauso so viele Abgeordnete bringt die Deutsche Volkspartei. Allerdings hat sie gegen 1921 einen Verlust von neun Mandaten aufzuweisen. Trotz des Verlustes

von 1921 zöhen Kommunisten und Deutschnationalen gestärkt ins Parlament ein. Die Kommunisten erhöhen ihre Zahl von 15 auf 21 Stimmen, die Deutschnationalen von 18 auf 23. Das Zentrum währt seinen Stand von zwei Abgeordneten. Neu erscheinen die vier völkischen Abgeordneten, ein Abgeordneter der Wohnungswirtschaften, zwei Abgeordnete der Gewerbetreibenden und zwei Abgeordnete des Mieterverbandes.

Ausland.
Paris, 26. Okt. In Le Mans ereigneten sich bei einem Vortrag des Professors Gumbel neuerdings ernste Zwischenfälle. An der Stadt wurden Aufruhranschläge verbreitet, die sich gegen die Kundgebung richteten und zu Beginn des Vortrags ging ein wilder Skandal los, der die Veranstaltung nötigte, die vollständige Hilfe in Anspruch zu nehmen. Unter dem Schutze der Polizei wurde die Veranstaltung im Stillen abgewickelt. Nachher kam es noch zu Schlägereien auf der Straße. Die Zeitung „Leuvre“ weist von der Unterzeichnung der Ankündigung einer französischen Anleihe von 3 Milliarden Frank in Amerika zu berichten.

London, 26. Okt. Die Veröffentlichung des Sinowjew-Briefes mit den kommunistischen Anweisungen zur Propaganda in England wird im englischen Volkstum kräftig gegen MacDonald ausgenützt.

Polnische Klüftungen in Frankreich.
Paris, 27. Okt. In der kommunistischen „Humanité“ wird die Reproduktion einer Aufschrift veröffentlicht, welche sich in Überbourg auf verchiedenen Sendungen, welche für Polen bestimmt sind, befindet. Aus dieser Aufschrift geht hervor, daß die französische Regierung in Überbourg Polen einen marxistischen Stützpunkt offiziell bewilligt hat. Das Blatt veröffentlicht ferner eine Reihe von tatsächlichen Angaben, aus welchen hervorgeht, daß am 30. September 1924 zwei Eisenbahnen, besetzt mit Roten für Flugzeuge für Polen ausgegangen sind. Die Ueberstift, welche die „Humanité“ diesen Mitteilungen gibt, lautet folgendermaßen: „Gegen wen rüftet das Frankreich der Kartellmecherei Polen?“

Rafonowski leugnet die Gültigkeit des Sinowjew-Briefes.

London, 26. Okt. Rafonowski erimert in seiner Antwort an das Foreign Office an die im Jahre 1923 ینlichen Vertretern der Sowjetregierung in London und dem Foreign Office getroffene Vereinbarung, wonach sich beide Teile demüßigten, alle Streitigkeiten durch unmittelbare Aussprache zu schlichten, und Rotes nur gefandt werden sollten, wenn sich durch ein solches Verfahren kein günstiges Ergebnis erzielen lasse. Rafonowski erklärt, die vorgelegte Note des Foreign Office enthalte unbegründete Anklagen gegen die Sowjetregierung und stelle eine unerwartete Verletzung jener Vereinbarung dar. Er bezeichnet das der Note des Foreign Office beigelegte kommunistische Manifest in sehr bestimmten Ausdrücken als plumpe Fälschung und dreifachen Versuch, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verhindern. Rafonowski bemüht sich nachzuweisen, daß aus Inhalt, Form und Unterschrift des Schriftstückes genau hervorgehe, daß es die Arbeit von Leuten darstelle, die mit den Satzungen der kommunistischen Internationale nicht vertraut seien. Der Inhalt sei ein Gezebe von Stimmbrüchleiten, die die britische öffentliche Meinung gegen die Sowjets aufbringen sollen. Ferner spricht Rafonowski die Hoffnung aus, daß die britische Regierung Schritte unternehmen werde, um festzustellen, von wem das Schriftstück herrühre.

Rafonowski werden um Frankreich.

Paris, 26. Okt. In dem Blatt „Depeche de Toulouse“ veröffentlicht der russische Botschafter in London, Rafonowski, einen Artikel, der geradezu eine Einladung an die französische Regierung bedeutet, sich so rasch wie möglich mit Russland zu verständigen. Rafonowski gibt aber zu, daß Moskau bereit wäre, im Prinzip über die Frage der russischen Vorkriegsverbindungen an Frankreich in Paris zu verhandeln. Außerdem weist Rafonowski auf die großen Vorteile hin, welche Frankreich aus einer solchen Verständigung und aus dem Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit Russland ziehen könnte.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 28. Okt. (Simon und Judas.) Der Simon und Judasstag, der 28. Oktober, liegt am Anfang der kürzesten, bittersten und ungemütlichsten Tage des Jahres. Von ihm ist nur noch ein kurzer Schritt in den November. Der letzte Tag ist auf eine Dauer von 10 Stunden juristisch verurteilt. Der meteorologische Charakter der Wetterlage zeigt große Neigung zu trüber Winterung. Immer mehr hält sich die Sonne in die Schlafhaube des Winters ein. Die Luft hat kühle Eigenschaften angenommen. Die Zeit der Nachschiffe ist angebrochen. In die Niederstühle mischen sich auf den Höhen Schneeflocken, heißt es doch im Volksmund: Simon und Judas schneit auf die Dede! Die kalte Jahreszeit singt an, ihre Sprache zu reden: Ich Simon und Judas vorbei, so kommt der Winter herbei. In der guten alten Zeit bestand auf dem Lande der Brauch, auf dem Simon-Judas-Markt den Bedarf der Winterkleidung einzukaufen, woher noch der Spruch geblieben ist: An Simon und Judas kauft alles in der Bude.

(Wetterbericht.) Die Depression im Westen kommt nur mäßig zur Geltung, so daß für Mittwoch und Donnerstag zwar mehrfach bedecktes, aber in der Hauptsache immer noch trockenes Wetter zu erwarten ist.

Gräfenhausen, 27. Okt. Der Besuch des vom Sängerbund Gräfenhausen Sonntag nachmittags veranstalteten Kirchenkonzertes war ein guter, hätte aber in Anbetracht des Wunders, dem es dient, noch ein besserer sein dürfen. An Stelle des vielfach in Anspruch genommenen Chorleiters Mayer hatte in freundschaftlichem Entgegenkommen Oberlehrer Ruppert, Conwelter, die Orgelbegleitung übernommen, der sich dieser in letzter Stunde übernommenen Aufgabe durchaus gewachsen zeigte, obwohl die an Altersschwäche Kranke gewisse Anstrengungen stillte, um über Sandbänke

und Klippen hinwegzukommen. Freilich und zart erklang nach einem Orgelvorspiel das Sanctus von Schubert durch den Knaben, dem Abis Sonntagmorgen ein prächtiger Chor mit seinem mächtigen Schlußakkorden „Preis der Herrn“ folgte. Die Sänger unter bewährter Leitung hatten sich wie immer mit verständnisvollem Empfinden in den Charakter dieser beiden herrlichen Chöre hineingelebt und gaben dieselben recht weisevoll wieder. Frau Becker, Hitzheim, ein immer gern gesehener Gast im Sängerbund, bestritt ein gut Teil der Solistrolle: Gebet von Hilfer und die zwei Mendelssohnschen Schöpfungen „Bei stille dem Herrn“ und „Jerusalem, die du bist die Prophetin“ in Text und Tonsetzung gleich wirkungsvoll. Die Sängerin verfügt über ein schmelzvolles, kräftiges Organ, das zu guten Hoffnungen berechtigt. Nach Ueberwindung einer gewissen Befangtheit zeigte sie sich vollständig der Lage gewachsen, wenn wir ihr auch etwas mehr innere Wärme im Ton gerade beim Vortrag dieser für den Ort trefflich geeigneten Kleber gemüßigt hätten. Recht innig erklangen die weiteren drei Nummern: „Es muß ein Wunderbares sein“ und „Du bist wie eine Blume“, beide von Hitz und Schumanns „Mondnacht“, welche der Sängerin die Sympathie der Zuhörerlichkeit sicherten. Die beiden Männerchor „Der Wald“ und besonders „Waldesrauschen“ waren zwei Nummern, bei welchen sich das prächtige Stimmaterial des Männerchors und seine gute Schulung trefflich bewährten und damit eine vorzügliche Wirkung erzielten. Als eine in Form und trefflichem Zusammenspiel gute Leistung darf das Violinkonzert der Herren Kinski und Esch (Violin und Cello) von Tosselli angesehen werden, namentlich die letzte Nummer von Poldi erhob sich weit über das Alltägliche. Brahms' Wiegengesang wurde vom Sängerbund innig und zart vorgetragen, wie es der Charakter der Dichtung erfordert. Krenfers Dankgebet „Wir treten zum Beten“ für Männerchor mit Klavierbegleitung, von Herz zu Herz immer mehr anschwellend, war von poetischer Wirkung, der sich niemand entziehen konnte, als die Sänger in mächtigen Akkorden schloßen: „Herr mach uns frei!“ Wenn durch den guten Besuch der Zweck der Veranstaltung erreicht und so ein Fonds für die neue Orgel geschaffen wurde, so ist das allen Mitwirkenden ein befriedigendes Gefühl und eine Entschädigung für die gehabte Mühe. Ihnen allen sei auch an dieser Stelle herzlich tiefempfundener Dank dargebracht.

Beseitigung der Wohnungsnot.

Von Gg. Keller, Neuenbürg.
Die bis jetzt regierungsseitig getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot haben sich als völlig unzulänglich erwiesen. Durch die noch herrschende Wohnungsnotlage wird das Uebel noch vergrößert. Die Gründe sind allen gemein bekannt und leicht verständlich und brauchen hier nicht angeführt zu werden. Der Leiter des städtischen Landeswohnungsamtes, Oberregierungsrat Arno Hoppe-Dresden, sagt in seinem kürzlich in Stuttgart gehaltenen Vortrag u. a., daß besonders durch die Wiederholung der Wiele die Lage verhängnisvoll geworden sei, es werde daher immer lauter der Ruf nach der freien Wirtschaft, die auch er als richtiges Ziel anerkenne, aber erst wenn die Gewißheit bestehe, daß der Bedarf gedeckt werden könne. Nachdem Häuser nicht eingeführt werden können wie Lebensmittel, ist ein Vergleich mit der Lebensmittelwirtschaft falsch.

Es ist nun zur Beseitigung der Wohnungsnot schon sehr viel geredet und getuschelt worden, auch Gesetze wurden konzipiert um die Reibautätigkeit zu beleben, die aber nicht die Resultate erzielten, wie sie notwendig waren. In England will man mit bedeutenden Staats- und Gemeindegeldausgaben in 15 Jahren 2500 000 Wohnungen errichten. In ganz Deutschland fehlen nach dem Ausbruch der Hoppe-Dresden 1 200 000 Wohnungen. Keller sagt Hoppe: Von dem Ertrag der Wertsteuereiner (Gebäudeversteuereiner) können von den sich ergebenden 20 Millionen Mark jährlich etwa 16 000 Wohnungen gebaut werden, jedoch auf diesem Wege 37 1/2 Jahre zur Beseitigung der gegenwärtigen Not erforderlich wären. Eine rasche Abhilfe ist nur möglich, wenn innerhalb 4-5 Jahren die Frage gelöst ist und das kann nur gelöst werden durch Aufstellung eines festen Wohnungsbauprogramms. Also muß rasch gebaut werden um hier Veränderung zu schaffen. Das ist nun leichter gesagt als getan, und es ist soziale Pflicht der Abgeregneten sowohl für Vermieter als Mieter wie auch für Wohnungswirtschaftler hier an diesem Werk, das allen zugute kommt, mit der Tat mitzugehen. Tsch hierbei Schwierigkeiten zu überwinden sind, soll nicht verkannt werden, doch ohne solche ist einmal das Leben nicht denkbar. Es gibt u. C. verschiedene Wege, die sich nachgehend nur im Prinzip darlegen will, Einzelheiten mögen einer späteren Beratung vorbehalten bleiben, wenn das Für und Wider reichlich erwogen worden ist.

Ich muß noch vorausschicken, daß es sich keinesfalls um die Erstellung von kleinen Eigenheimern handeln kann, weil dieselben in Erwerb und Bewirtschaftung teuer kommt. Gründe: Bauplatz, Fundamente, Dach, Rinnen, Kamine, Treppenböden, Wäsche u. dergl. müssen für eine Familie gebaut und versorgt werden. Auch in Bezug auf Heizung dürfte es teuer zu stehen kommen (vergl. Darstellungen in der Bauausstellung); ferner Gebäudesteuer und Grundbesitzer haben auf einer Wohnung, Ganz anders verhält sich dies bei dem Mehrfamilienbau und hier denke ich lediglich an ein Zweifamilienhaus, so erfüllt, daß für den Uebergang zwei Familien dieselbe bewohnen und ferner bei günstigsten Wohnungsverhältnissen infolge Vergrößerung einer Familie diese das Zweifamilienhaus allein bewohnt. Man hätte Gelegenheit in der Bauausstellung in diesem Sinne hübsche Entwürfe und Ausführungen zu sehen, auch dürfte die Ausführungsart keine nennenswerten Schwierigkeiten bieten. Ein derartiges Haus im Erdgesch. und 1. Stock je eine Wohnung mit zwei Zimmer und Küche dürfte nach Angabe eines Baukostenverhältnisses im Durchschnitt etwa RM. 12 500.— ohne Bauplatz heute kosten.

Nun zu den verschiedenen Vorschlägen, die nur für Neuenbürg gelten sollen:
1. Der ideale und von Gemeinfinn und Oberfinn getragene Weg wäre, daß die Gemeindeangehörigen ohne Ausnahme sich zu einer Abgabe verpflichtet würden in Höhe von 10 % (nach Vereinbarung mehr) der Friedensteuern. Diese Abgabe

hätte mit der Miete selbst nichts zu tun und müßte genau wie eine Steuer an eine besondere Verwaltung (vielleicht Sparkasse) abgeführt werden. Diese Abgabe soll aber nicht verloren sein, sondern jeder Beteiligte erhält von der betreffenden Verwaltung für den Betrag einen Gutschein, durch welchen der Zahlende Mitsprache bei der zu erhaltenden Häuser wird. Gemäß dem Retrotrakt der Häuser werden die Anteilbeträge angemessen verzinst, wobei angenommen ist, daß Staats- und Gemeindefinanzmittel gewisse Zeitlang unverzinstlich angewendet werden. Der Geldbedürftige oder Interessentlose kann seine Anteilbeträge verkaufen und erhält somit sein Geld zurück. Derjenige, der mehr Geld zur Verfügung hat und ein Haus zu erhalten trachtet, kann Anteilbeträge kaufen und sich allmählich durch Kauf weiterer Gutscheine das Haus erwerben. Auch außerordentlichen Kapitalstrafen könnte freiwillige Beteiligung zugesagt werden, wenn eine Spekulation garantiert ausgeschlossen ist. Da die abzuführenden Beträge nicht hoch sind (monatlich schwankend von Mk. 1.— bis Mk. 5.—) wäre diese für Arbeiter und Angestellte eine sichere und gutverzinsliche Sparanlage. Eine diesbezügliche Rechnung ergibt folgendes Bild:

Der gesamte Kredits- und Mietzinsbetrag von Kienburg (Mittels- und industrielle Werke ausgenommen) beträgt auf Grund meines eingeholten statistischen Materials circa Mk. 25 000.— jährlich, hiervon 10 % Abgabe ergibt Mk. 2500.— jährlich. Wenn ich annehme, es müßten im nächsten Jahr 20 Wohnungen gebaut werden, was notwendig wäre, um halbwegs aus der Wohnungsnot herauszukommen, so wären noch an Zuschüssen zu erhalten pro Wohnung vom Staat Mk. 3000.—, von der Gemeinde (noch zu beschließen) Mk. 1000.—, hierzu die jährliche Einnahme durch die Gebäudenutzungssteuer in der beschlossenen Höhe ca. Mk. 11 000.—, ergibt eine Gesamtsumme von Mk. 114 500.—. Je ein Haus mit 2 Wohnungen erfordert nun einen Baukostenaufwand von Mk. 125 000.—, jedoch noch Mk. 10 500.— zusätzl. Kosten für Baupläne für 10 Häuser durch 1. Oberarbeiten und durch sonstige finanzielle finanzielle Beteiligung und durch besonders interessierte Kreise aufzubringen wären, was m. E. ohne Weiteres möglich ist.

Um das Interesse für die vorläufige Abgabe zu wecken, nehme ich für das erste Jahr 10 % Zins vor, das somit müßte für ein Haus an Zins aufgebracht werden 10 % von Mk. 10 500.— Mk. 1050.— plus 250.— gleich 1300.— gleich Mk. 340.— und somit für eine Wohnung Mk. 170.—. Ich schätze die Verhältnisse bei den Häusern im nächsten Jahr beugfertig und so ein, daß neben diesem Zinsbetrag eine gewisse Summe des Baukostenbetrags außerdem noch abgetragen werden könnte.

Ich bin mir wohl bewußt, daß der Durchführung dieses Gedankens Schwierigkeiten im Wege stehen, umso mehr als hier eine freiwillige finanzielle Verpflichtung gefordert wird, welche bei den heutigen kühneren Lebensbedingungen größere Opfer fordert, als dies vor dem Kriege der Fall gewesen wäre; doch ich sage mir, eine Verpflichtung, die nicht nutzlos, ist eher anzunehmen als eine durch Zwang geforderte unverschämte und für die meisten Gelder verlorene Abgabe. Es müßte denn gerade sein, daß die Gemeindebehörden durch großzügige Finanzierung der Bautätigkeit einen einfacheren Weg öffnen würde.

2. Den Weg zu beschreiten, die Gebäudenutzungssteuer durch Beschluß der Gemeindebehörde um den gesetzlich zulässigen Betrag um 4 % jährlich zu erhöhen, jedoch insgesamt 12 Prozent des Steuerkapitals zu verwenden wären, möchte ich nicht empfehlen, da die Häuser genügend mit Steuern belastet sind. Ich rechne also bei diesem Weg mit dem bis jetzt zur Verfügung stehenden Betrag wie oben angeführt, also Mk. 11 000.— pro Jahr. Bei Erhaltung von 20 Wohnungen wären an Zuschüssen noch zu erhalten vom Staat Mk. 60 000.—, von der Gemeinde (noch zu beschließen) Mk. 20 000.—, zusammen also wären verfügbar Mk. 80 000.—. Zwanzig Wohnungen in obiger Verteilung ausgeführt, kosten aber ca. Mk. 125 000.— ohne Baupläne, jedoch ca. Mk. 31 000.— zusätzl. Bauplankosten durch 1. Oberarbeiten und anderweitig aufgebracht werden müßten. Dies erscheint mir unmöglich und es dürfte hiermit erwiesen sein, daß auf diesem Wege Wohnungen nicht geschaffen werden können, in dem Maß, wie es die heutige Wohnungsnot verlangt. Dabei kommt zum Vorteil für den Vorschlag 1 die Verminderung der Pflichtabgabe.

3. Durch Gründung einer Baugenossenschaft, wie bereits hier schon durch Herrn Stadtschultheiß Knobel angeregt. Ich sehe Genossenschaften etwas skeptisch gegenüber und verpöchte mir hiervon nicht viel. Die Erfahrungen an anderen Orten waren mit solchen Baugenossenschaften nicht die besten. Letzten Endes muß auch das Geld aufgebracht werden und ob dies von den beteiligten Interessenten herausgeholt werden kann, von Umständen abhängend, bezweifle ich. Im Uebrigen wird über diesen Punkt wohl noch Näheres zu hören sein.

4. Die Bauartigkeit der freien Wirtschaft überlassen, bei unbedingt etwas Vorkaufsrecht an sich, ich befürchte aber, daß die Spekulation hierbei eine Rolle spielen könnte und das könnte ich im Interesse der Allgemeinheit nicht befürworten, wenn hier nicht von der Gemeindebehörde entsprechende Sicherstellungsmaß-

nahmen getroffen werden, aber im gleichen Moment steht die Bauartigkeit unter einem gewissen Zwang und das nötige Interesse geht verloren.

5. Maßnahme durch die Regierung. Sofortige Einführung einer den heutigen Baukosten entsprechenden Miete. Aufstellung eines festen Bauzinsfußes und Bereitstellung der hierzu nötigen Mittel (zu denen naturgemäß jeder Einzelne aber kein Scherflein auch beitragen muß und zwar zinslos).

Nach einem möchte ich nicht unerwähnt lassen. Bei meinem Vorschlag 1 werden sich die Hausbesitzer, die keine Mieter haben und die Mieter, die seit Jahren in wirklich den besten Beziehungen zu ihrem Hausbesitzer leben, sagen, was habe ich damit zu schaffen, das berührt mich doch nicht, ich bin ja zufrieden, die andern sollen leben, wie sie fertig werden. Diesen Hausbesitzern möchte ich sagen: lebe doch einmal die Not deines Mitbürgers an, wie er unter der Last der Wohnungsnot wirtschaftlich leidet, es gibt tatsächlich unbillige und geradezu verwerfliche Verhältnisse. Und du, Mieter, der du es so gut mit deinem Vermieter verhältst, blicke dich um und du wirst auch Verhältnisse finden, in denen du nicht leben möchtest. So helfe alle zusammen an dem Werk und es wird gelingen und der Dank (nicht derjenige des Vaterlandes) wird nicht ausbleiben. Die Wohnungsnot wird dadurch praktisch ausgeschaltet, wenn das Angebot die Nachfrage deckt und besteht nur noch theoretisch. Auch das Verhältnis unter den Gemeindegliedern wird ein besseres.

Ich hoffe, daß ich durch meine Ausführungen der maßgebenden Stelle Anregung zu weiteren Maßnahmen gegeben habe und es ist im Interesse der Allgemeinheit, endlich einmal auf das Reden die Tat folgen zu lassen.

Württemberg.

Freudenstadt, 27. Okt. (Stadt Förderung des Wohnungsbaus.) Der Gemeinderat beschloß, zur Förderung des Wohnungsbaus ein langfristiges Darlehen von 150 000 bis 200 000 Mark aufzunehmen, wovon 90 000 Mark an 30 Bausparbänken in Vollen von je 3000 Mark verzinstlich abzugeben werden sollen. Außerdem wurden weitere Summen für den Bau einfacher fahrdücker Häuser in der Erzbergerstraße-Siedlung ausgeworfen. — Die Stadtgemeinde erwarb von Hotelier Lieb das Gelände zum „Kurgarten“ um den Kaufpreis von 40 000 Mark.

Stuttgart, 27. Okt. (Disziplinlosigkeit.) Wegen schwerer Mißverhaltens im Dienst, Verhöhnung seiner Vorgesetzten und tätlichen Angriffs mit gezogenem Seitengewehr war der Reichswehrsoldat Obergefr. Sp. vom Schiffsgericht zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Die 2. Strafkammer als Berufungsgericht beurteilte diese Disziplinlosigkeiten erheblich milder und setzte die Strafe auf 4 Monate Gefängnis herab. Die Strafe galt als durch die Unterabteilung verurteilt.

Stuttgart, 27. Okt. (Verzögerung der Jüge.) Die im letzten Winter wieder laut gewordenen Beschwerden über mangelhafte Zugheizung veranlaßten die Reichsbahndirektion, die Beamten und Dienstlichen darauf hinzuweisen, daß in der kommenden Heizzeit alle Vorkehrungen für die Durchführung einer ordnungsmäßigen Zugheizung zu treffen sind. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß für diejenigen Fernzüge, die wegen ihrer Länge von der Lokomotive aus nicht durchgeführt werden können, im Bedarfsfalle Heizlokomotiven nach den Umfahrplänen der Reichsbahndirektion eingestellt werden müssen. Zur Vermeidung der Abkühlung der Jüge sind die Zugbegleiter und Bahnhofsbediensteten für die Schließung der Fenster verantwortlich.

Stuttgart, 27. Okt. (Heimathilfe.) Im Monat November wird die Zentralleitung für Wohltätigkeit zu Gunsten ihres Hilfswerkes Heimathilfe eine allgemeine Landessammlung veranstalten. Sie ist gerührt, sich auf diese Weise an die Geduldigkeit der ganzen Bevölkerung zu wenden, um ihr Hilfswerk aufrecht zu erhalten. Auslassungen sind der Heimathilfe schon seit Monaten nicht mehr zu. Die Spenden von Industrie, Handel und Landwirtschaft sind infolge der Wirtschaftskrise bedeutend zurückgegangen. Die Anforderungen, die an das Hilfswerk gestellt werden, sind aber immer noch sehr groß und werden im Winter erfahrungsgemäß noch wachsen. Die öffentliche Fürsorge kann trotz ihrer Anstrengungen nicht alle Hilfsbedürftigen erfassen. Woher denn können ihre Unterhaltungen nicht über das Existenzminimum hinausgehen und bedürfen daher häufig der Ergänzung. Aus dem Ertrag der Sammlung sollen berücksichtigt werden: Alle erwerbsfähige Personen, die von der öffentlichen Fürsorge nicht oder nicht genügend unterstützt werden, nicht versicherte Kranke, besonders Tuberkulosekranke, hilflosbedürftige Kinder, geistige Arbeiter ohne genügenden Verdienst, durch Hagen- und Unwetter geschädigte Landwirte und alle jene Personen, die durch ein widriges Geschick unverschuldet in eine nachteilige Lage geraten sind, zu deren Lebensbindung die eigene Kraft nicht ausreicht.

Stuttgart, 27. Okt. (Tödlicher Unfall.) Der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, Gustav Ohmsmann, begab sich gestern zu einer von den Kommunisten einberufenen Konferenz nach Stuttgart. Vor dem Hauptbahnhof wollte er in einen Straßenbahnwagen, der sich schon in Bewegung befand, einsteigen, wurde aber von den Haltestellenden gefangen, fiel dann zwischen die beiden Wagen und wurde vom Bahnsperrenwagen überfahren. Auf dem Wege ins Krankenhaus ist der Schwerverletzte gestorben.

Stettigheim, 25. Okt. (Der Wein auf der Straße.) Grobes

Mißgeschick hatte eine Tübinger Firma beim Transport von neuem Tagerau-Wein. An der Ludwigsburgerstraße bekam ein Faß mit nahezu 2000 Liter Inhalt einen Defekt, wodurch der temperaturreiche 1924 er auslief. Nur das kleine Quantum, das Resiglerge mit Krümmern, Eimern usw. retten konnten, war nicht verloren.

Heilbronn, 27. Okt. (Beleidigung.) Vom Amtsgericht wurde der bürgerparteiliche Gemeinderat Wimmer wegen Beleidigung des „Recht-Logo“ zu 50 Mark Geldstrafe (eventl. 3 Tagen Gefängnis) und zu den Kosten des Verfahrens, einschließlich denen des Platzhülers, verurteilt. Gemeinderat Wimmer hatte im Zusammenhang mit dem Rechtslogo-Broch die „Recht-Logo“ ein „elendes Logo-Mittel“ genannt.

Schwarzloch, O.-A. Tübingen, 27. Okt. (Eine Seitenhieb.) Bei herrlichem Sonnenschein sah man am Samstag im Ammersee einen Waagen Defend dritten Schmittes läben. Gemäß eine Seitenhieb, die in einem Menschenalter nicht oft vorkommt.

Bad Niedernau, 27. Okt. (Denkmalsenthebung.) Gestern wurde hier unter großer Beteiligung des Denkmal für den früheren Vorsitzenden des Verbands württ. Gewerbetreibender, Maschinenrechnermeister Julius Lorenz feierlich enthüllt. Das Denkmal besteht aus einer Bronzetafel, die das Bildnis in lebensgroßem Hochrelief wiedergibt und die in eine Steinmauer am Waldrand eingelassen ist. Gleichzeitig wurde auch ein Gedenkstein für den vielfachigen Verbandsvorsitzenden, Oberrechnungsrat Roth, enthüllt. Der Vorsitzende des Verbands württ. Gewerbetreibender, Landtagsabgeordneter Heine, Gemeinderat Wolf-Stuttgart, Gemeinderat Borster-Stuttgart und der Schultheiß von Niedernau hielten Ansprachen.

Wiesbaden, 27. Okt. (Originaler Landhandel.) Bei dem am Samstag abgehaltenen Pferdemarkt wurde ein Pferd für eine Röhharmonika eingetauscht. Wahrscheinlich zieht die letztere besser.

Baden.

Durlach, 27. Okt. (Vor 10 Tagen fuhr der Mechaniker Heinrich Franz von Wessingen mit seinem Motorrad von hier nach Wiesbaden und nahm die 19 Jahre alte Fabrikarbeiterin Emilie Schuhmacher auf dem Rode mit. Während der Fahrt brachte die letztere ihren Absah in das Rad, so daß ihr die Ferse aufgerissen wurde. Es stellte sich Blutergießung ein, so daß das Radfahren am 24. ds. Mts. ins Diakonissenhaus nach Karlsruhe verbracht werden mußte, wo es am anderen Tage forst.

Engen, 27. Oktober. Seit heute morgen müht hier ein großer Brand, dem bis gegen 10 Uhr bereits drei Häuser zum Opfer gefallen waren. Das Feuer brach im Hause des Betriebsleiters Fred. Martin aus, griff auf die Häuser der Witwe Felly Kohler und des Aug. Straub über und griffte diese vollständig. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und verdrängte ein weiteres Umfassen auf die schwerbedrohten Nachbarhäuser. Die zwischen den brennenden Häusern stehende alte Synagoge bot dem Feuer Widerstand und verbrannte durch ihre alten starken Mauern ein weiteres Ausbreiten des Flammenmeeres. Den Bewohnern der drei Häuser gelang es, das Vieh und Teile der Fahrnisse in Sicherheit zu bringen. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Wie man hört, sind die Brandgeschädigten verlehrt. Die Ursache des Brandes konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Nischbach d. Eberbach, 27. Okt. Ein Stierkampf spielte sich im hiesigen Gemeindefesttag ab. Einer von den drei vorhandenen Parteien ist sich auf ungleicher Weise los, griff die beiden anderen an und bearbeitete diese demnach, daß einer davon verendet, während der andere bald darauf getötet werden mußte. Beherrliche Männer brachten das losgerissene Tier wieder an seinen Platz. Die Gemeinde erleidet durch diesen Verlust einen empfindlichen Schaden.

Aus Baden, 27. Okt. Die Schwelger Honsloh, des bekannten badischen Volkschiffers und Stadtpfarrers, die ihm zu seinen Lebzeiten den Haushalt geführt hat, verbringt in Nischbach ihren Lebensabend und konnte kürzlich ihren 85 Geburtstag feiern. — In Windg bei Ziegenhain Amt Stodach lief ein an Anfallen leidender und geistig nicht ganz normaler 15 jähriger Landwehrsoldat in ein von Ludwigsbahnen kommendes Auto hinein. Er geriet unter den Wagen und das rechte Hinterrad fuhr ihm über den Leib, so daß der Tod sofort eintrat. Der Automobilist trift keine Schuld, da er vergebens versuchte, dem Unmöglichen von seinem Vorhaben abzubringen.

Bermischtes.

Der Bergfried der Burgruine Starckenburg gesprengt. Der Bergfried der Burgruine Starckenburg, der seit 90 Jahren dem ihn umgebenden Teil der Burgstraße ein charakteristisches Gepräge gab, ist gesprengt worden. Der richtige Turm war bereits abgebrochen, so daß er für die Umgehung eine Gefahr bedeutete. Da das Abtragen nicht möglich war, mußte das große Bauwerk gesprengt werden. Dem historischen Monument wohnten Vertreter des Staates und der Provinz, sowie tausende von Zuschauern bei. Der Turm sank in einer Minute in sich zusammen, ohne daß auch nur ein einziger Stein gescheitert wurde.

Familien drama. In einem Hause an der Reichstraße in Kiel kam früher Gasgeruch aus der Wohnung des Oberwachmeisters Lorenz. Bei der polizeilichen Öffnung der Türe fand man das Ehepaar Lorenz mit dem sechsjährigen Sohn tot auf dem Boden liegend. Ein 14 jähriges Mädchen, das noch Lebenszeichen von sich gab, wurde in das Krankenhaus gebracht. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß der Entschluß zu der

Verzeihen. Damit hat er seine Karriere selbst untergraben. Ich bin überzeugt, in vier Wochen hat er seine besten Klienten verloren, und in einem halben Jahr kann er seine Kanzlei vielleicht ganz aufschließen.

„Nagefährlichkeiten? Skandal?“ stammelte Raja, aus deren Gesicht jede Spur von Farbe gewichen war. „Aber was hat er denn getan?“

„Das fragte ich Hartlechner natürlich auch, und da kam's denn heraus: Erstens hatte er vor zwei Tagen in einem öffentlichen Lokal ein Renkontre mit seinem Schwager, dem Oudbesitzer Flamm. Beide Männer trafen einander dort zufällig. Haller war in Begleitung eines Kollegen, Flamm gleichfalls in Gesellschaft von Bekannten. Als er Haller erblickte, grüßte er. Aber sein Gruß wurde nicht erwidert. Als er eine Erklärung für diese Beleidigung forderte, soll Haller ihm so laut, daß es die Umstehenden hören konnten, geantwortet haben: „Schütte grüße ich nicht.“ Die Folge war eine Forderung Flamm's. Aber Haller, der ein Gegner des Duells ist, lehnte die Forderung ab und verwies Flamm auf den Klageweg, wo er dann den Wahrheitsbeweis für jenes beleidigende Wort erbringen will...“

„Rein Gott! Das will er? O, wenn er wüßte...“ antwortete Raja entsetzt.

„Warte nur, das ist noch nicht alles. Gleichzeitig soll Haller beim Bezirksgericht eine Klage gegen den Mann einer seiner Klientinnen eingeleitet haben, der ihn angeblich beleidigte. Der Mann seinerseits brachte eine Gegenklage ein, und Haller will nun auch da den Wahrheitsbeweis erbringen. Ich habe ja die ganze Sache nicht so genau verstanden, weißt du. Aber der Präsident behauptet, daß bei einer schmutzigen Geschichte, bei der Haller eingehen würde.“

(Fortsetzung folgt.)

Ich hab dich lieb.

Roman von Erich Benstein.

Arbeitsbuch durch Stuttgarter Romanzentrale G. Adermann, Stuttgart.

In dem hellen Licht, das die Scheinwerfer eine Sekunde lang über das fremde Gesicht warfen, erkannte Bernd seinen Schwager, der im Fond der Koffertasse saß. Auch Klamm hatte ihn erkannt. Denn er fuhr aus seiner brutenden Haltung auf und starrte ihn bestürzt nach.

XVII.

Rein Alles!

„Weißt Du, daß eine Woche vergangen ist, ohne daß wir uns gesehen haben? Hast Du mich denn nicht mehr lieb? Oder kümmerst Du in dieser kurzen Zeit — die mit so ewig lang erschien — meiner ganz vergessen haben? In zwei Tagen kommt Papa. Sollen wir uns vorher gar nicht mehr sehen? Du kümmerst ja ganz gut mal gegen Abend nach Klamm'schluß unter dem Vorwand, mit ein Buch zu bringen, kommen.“

Raja, in der die Sehnsucht alle Verstimmung und Enttäuschung, die ihr Bernad's schroffe Natur bereitete, überwog, hatte diese Zeilen eben liiert und Johnny zur Bestellung durch einen Dienstmann übergeben, als ihre Tante hastig bei ihr eintrat.

„Grüßlein Klamm! Komme ich offenbar gerade von einem Ausgange heim, denn sie trug noch Hut und Handschuhe. Etwas atemlos vom Stiegensteigen, getrübt vor innerer Erregung, mit entrüstet funkelnden Augen, ließ sie sich in den nächstbesten Stuhl fallen und plachte sogleich los: „Rein, dieser Dr. Haller! Es ist ja arg! Aber du mirst dich erinnern, Raja, daß er mit gleich nicht sehr geliebt. Sein Renk mit so schroffen Ansichten kann es gar

Die ganze Stadt ist voll davon. Es ist mir unfagbar peinlich, daß du diesen Menschen in unser Haus eingeführt hast. Man muß sich ja geradezu schämen...“

„Aber, was hat er denn getan?“ unterbrach Raja, die bleich und rot in einem Atem wurde, den Redestrom. „Du redest ja von ihm, als hätte er gestohlen oder gemordet!“

„Na, beinahe so arg ist es auch!“

„Tante Madeline!“

„Ja, wohl. Höre nur zu, was mir Präsident Hartlechner eben von ihm erzählt! Ich traf nämlich Hartlechner auf dem Heimweg und erkundigte mich natürlich gleich persönlich nach dem Befinden seiner Frau, die, wie du weißt, vorgestern im Sanatorium Wacha operiert wurde.“

„Ja, ja, nur weiter!“

„Nun, wir standen eben plaudernd auf der Esplanade, als Haller vorüberging und mich grüßte. Ich merkte sofort, daß der Präsident den Gruß sehr kühl erwiderte und eine finstere Miene machte. „Sie kennen diesen Dr. Haller auch, Gnädigste?“ fragte er dann sichtlich befreundet. Ich bejahte. „Er soll ja sehr rasch eine gute Praxis erworben und eine glänzende Karriere vor sich haben! bemerkte ich, auf den Strauß schlagend. Der Präsident lächelte seltsam.“

„Um — vielleicht hatte er die Aussicht auf eine gute Karriere als Anwalt, denn an Scharffinn, juristischem Talent und Können fehlt es ihm ja wirklich nicht. Aber man will eben auch den Menschen achten können. Gerade beim Juristen, den sein Beruf so oft zwingt, unentwegt für das Recht einzutreten, verlangt man auch Herz und Gefühl, soll das Gesetz in seiner Hand nicht zur toten Majestäte werden. Daß dieser Haller aber weder Herz noch Gefühl besitzt, ja daß er sich in kindem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, sogar an Ungeheuerlichkeiten und öffentlichem Skandal hinreichend läßt, bemies

er in den letzten Tagen. Und das wird man ihm nicht

transport von neuem
ham ein Fah mit
der temperatur
n, das Neugierige
t verlieren.
Antisepitische wurde
n Belästigung des
Lagen Gefährdung
denen des Beso
n Zusammenhang
ein „elendes Luga
r Seltsamkeit.) Bei
n Ammettal einen
eine Seltsamkeit, die
g.) Gestern wurde
den frühesten Vor
flachenerenober
nmal besteht aus
großem Schmelz
und eingelassen ist.
n schützigen Ver
schützt. Der Vor
nabstabsabgeordneter
n Dörfler-Statuar
n.) Bei dem
n Pferd für ein
die letztere besser.
Mechaniker Heimlich
n hier nach Wein
n Emilie Schuh
nachte die letztere
gegriffen wurde. Es
am 24. ds. Mts.
eben mußte, wo es
hier ein großer
zum Opfer ge
getreideleitender Ferk
für Vögel und des
n. Die Feuerweh
nischgeschaffen auf
n den brennenden
überhand und ver
eres Ausbreiten des
er gelang es, das
nigen. Menschen
nman hört, daß die
nandes konnte bis
thamel spielte sich
n drei vorhanden
n beiden anderen
nverreichte, während
n Scherzige Männer
nlog, die Gemeinde
n Schaben.
n Johans, des bekannt
n die ihm zu Leide
n Hyslach ihren Fe
nlag feiern. — In
n an Anfallen leben
n Landwirtslöcher in
n Er geriet unter
n über den Leib, la
n rüst keine Schuß,
n seinem Vorhaben
n greifengr. Der
n seit 900 Jahren
n charakteristische
n lische Turm war
n abung eine Gefahr
n war, mußte das
n torischen Moment
n, sowie laufende
n Rinnale in sich
n Stein geschleudert
n Bahstraße in
n des Übermächtig
n den Türe fand
n den Sohn tot auf
n das noch Lebens
n gebracht. Aus
n Entschluß zu der
n selbst untergro
n er seine besten
n für kann er seine
n teke Raja, auf
n en wor. „Aber
n auch, und da
n zwei Tagen in
n seinem Schw
n Männer trafen
n Begleitung eines
n ft von Bekann
n Aber sein Gruß
n Arang für diese
n laut, daß es die
n haben: „Schulte
n erung Klammis
n ist, lehnte die
n den Abgeweg
n mes beleidigende
n er müßte...“
n Weichheitig fast
n tage gegen den
n t haben, der ihn
n eis brachte eine
n ba den Wahr
n lange Sache nicht
n er Präsident be
n, bei der Hölle

Kerzweilungstöt aus inneren wirtschaftlichen Sorgen entstan
den ist.
Ein modernes Hotel. Dieser Tage ist das Roofwelt-Hotel
in Newyork eröffnet worden. Der Bau mit seinen 22 Stock
werken und einer Höhe von rund 800 Fuß enthält 1100 Zim
mer. Zum Bedienen Roofwelts ist eine große Bibliothek ange
legt. Wer höher als im 15. Stock wohnt, hat die Annehmlich
keit, daß er von jedem Zimmer aus einen Dachgarten haben
kann. Auch Hundeliebhaber finden Unterkunft. Die Tiere
können auf einem vergitterten Dach umherrollen; auch ist für
jeden ein besonderer Stall vorhanden. Ganze Wohnungen haben
zur Verfügung, bestehend aus einem Wohnzimmer, einem
Schlafzimmer, drei großen Schlafzimmern mit Bädern, einem
Ankleidezimmer und Speisezimmer. Dieses gewaltige Unter
nehmen repräsentiert einen Wert von 12 Millionen Dollar.
Steuerhandel in Newyork. Newyork hat wieder einmal
einen großen Skandal. Gemäß den neuen Steuererlassen haben
die Reichen jetzt zum ersten Mal die Vöhen öffentlich angelegt,
in denen die von den Besteuererten gezahlten Beträge angegeben
werden. Der Höchstbetrag in den Vereinigten Staaten ist
noch mit 19 Millionen Dollar. Ihm folgt Rockefeller mit 7,5
Millionen. Der Zellhändler Morgan Lamont zahlt fast 1 Mil
lion, Morgan Sellist nur 100 000 Dollar. Der Bankier Cahu
20 000, der Eisenhändler und Schiffseeder Harriman nur 10 000,
während viele völlig unbekanntes Multimillionäre und mehrere
Millionen, vor allem Million Gitt, viel mehr zahlen. Auch Hugo
Stimmes jun., der sich zurzeit in Newyork befindet, ist mit 111
Dollar Steuern angefaßt. Unter dem Regime Coolidges ist die
Steuerlast halbiert worden und die Abgaben weisen daher
niedrigere Zahlen auf. Das Volk ist müde, weil zum Bei
spiel der Stahlfabrik Schmelz weniger Steuern bezahlt als der
Sänger Scholopin, und Morgan weniger als der Boyer Jack
Dempsen. Dagegen ist das Großhospital für Kinder aufgebracht
und droht den veröffentlichten Zeitungen mit Strafprozessen,
da nach Ansicht dieser Herren das Gesetz nur die Einsicht in die
Steuerbücher, aber nicht die Veröffentlichung der auf diese
Weise erhaltenen Kenntnisse gestattet.
Handel und Verkehr.
Stuttgart, 27. Okt. (Landesproduktionsbüro.) Auf dem Ge
treidemarkt fehlt augenblicklich jede Unternehmungslust. Die Stim
mung ist ruhig und die Preise sind billig. Es notieren je 100
Kilo: Weizen 21-24 (am 22. Okt. 22-25), Sommergerste 22,5 bis
26 (23-26,5), Roggen 21-23 (22-24), Hafer 14-19 (15-20),
Belgemehl Nr. 0 38-39,5 (39-40,5), Brotmehl 34-35,5 (35 bis
36,5), Kleie 12-12,5 (12,5-13), Weizenheu 6,5-8, (unv.), Kleeh
heu 8-9,5 (unv.), druckgepreßtes Stroh 4-5,5 (unv.) Mark.
Stuttgart, 27. Okt. Auf dem Samstagsmarkt war die Zufuhr
beim Gemüse sehr stark. Der Verkauf ging im Verhältnis zur Zu
fuhr etwas schleppend. Es wurden folgende Preise erzielt: Spinat
10-20, Rauh Kohl 3-6, Sellerie 5-20, Kohlraben 4-7, Weißkohl
4,5-5, Blattkohl 6-8, Wirsing 6-7, Rosenkohl 15-30, Endivie
und Kapfsalat 6-15, Blumenkohl 20-100, rote Rüben 8, gelbe
Rüben 6-8, Karotten 10-15. Rosenkohl kommt jetzt in guter
Qualität auf den Markt. — Auf dem Obstmarkt ist die Nach
frage sehr stark. Sie kann auch befriedigt werden, aber die Preise
haben die Tendenz zur Festigung nach oben. Kirschen holten 14 bis
zu 20 Pfennig, Birnen 12-30 Pf., Äpfel 40-55 Pf., Quitten
15-20 Pf., Meltrauben 18-35 Pfennig.
Schweinepreise. In Hallingen kostete ein Milchschwein 15
bis 32 Mark, in Bellingheim Milchschwein 18-28, Käufer 35
bis 60, in Bellingen Sauwuschwein 20-25, in Gralsheim
Käufer 40-70, Milchschwein 15-28, in Ellmangen Milch
schwein 17-25, in Gallingen Milchschwein 14-20, Käufer 35
bis 65, in Hall Milchschwein 18-27, Käufer 45-48, in Helli
bronn 16-35 bezw. 45-60, in Döhringen Milchschwein 20 bis
30, in Rottweil 13-28 Mark je das Stück.
Die neuen Frachtsätze und das Holz. Dem Drängen aller
Wirtschaftszweige nachgebend, hat sich die neue Reichsbahnge
sellschaft endlich zu einer progressiven Frachtmehrmäßigkeit ab 18. September
entschlossen. Außerdem wurden verschiedene, früher geltende Aus
nahmetarife wieder eingeführt. So sehr diese Herabsetzung der Frach
ten zu begrüßen ist, muß doch festgestellt werden, daß die heutigen
Frachten immer noch viel zu teuer sind. Gerade die Beförderung der
für die heutige Wirtschaft wichtigsten Rohstoffe ist durch die nun
geltenden Frachtsätze gewaltig verteuert und erschwert. Dies zeigt
mit aller Deutlichkeit ein Vergleich der Vorkriegsfrachten mit den ab
22. September geltenden Frachtsätzen der Holzausnahmetarife, die je
nach Entfernung 32 bis 82 Prozent teurer sind. Dabei ist noch zu
berücksichtigen, daß diese Holzausnahmetarife nur für 15 000 Kilo
gramm Ladungen Anwendung finden, während die Frachtsätze vor
dem Krieg schon für 10 000 Kilogramm Ladungen galten. Auch das
durch entsteht heute eine wesentliche Vertreibung, da Verfrachtern in
vielen Fällen unermittlich sind. Es unterliegt somit keinem Zwei
fel, daß die heutigen Frachtsätze von den Vorkriegsfrachten noch sehr
weit entfernt sind. So betrug beispielsweise die Beförderung von
Rundholz ab Alasdorf bis Stuttgart (156 Km.) für 1 Fm. 3,45
Mark — etwa 15 Prozent, heute aber 5,15 — etwa 22,4 Prozent
des Wertes des verfrachteten Holzes. Auf die teureren Frachten ist
es nicht in letzter Linie zurückzuführen, daß wie andere Wirtschaftsz
weige so auch die Holzindustrie in den von den Hauptabfah
rgebieten weit entfernten Gegenden stark darniederliegt. Einmal er
schweren die hohen Frachten die Rundholzindustrie, außerdem ver
teuern sie die Preise der Schnittwaren, die von den Waldarbeitern
Süddeutschlands bis zu den Industriekonzernen Mittel- und Westdeutsch
lands behauptet einen weiten Weg zurücklegen müssen. Diese Ver
teuerung aller Waren durch die erhöhten Frachten vermindert nicht nur
den Aufschwung unserer innerdeutschen Wirtschaft, sondern sie macht
auch einen erfolgreichen Wettbewerb mit dem Ausland, das in Be
zug auf die Frachten wesentlich günstiger gestellt ist, unmöglich. Wie
sollen aber unsere ungeheuren Verpflichtungen erfüllt werden, wie soll
unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommen, wenn ihr von vorn
herein die größten Hindernisse in Form von untragbaren Frachten in
den Weg gelegt sind? Wie sollen wir durch vermehrte Ausfuhr un
serer Handelswaren wieder aktiv werden können, wenn unsere
Waren — durch die Frachtsätze übersteuert — auf dem Weltmarkt
nicht abgesetzt werden können?
Neueste Nachrichten.
Stuttgart, 27. Okt. Die Daimlermotorengeellschaft
tritt einer unmittelbar nach dem Unglücksfall bei dem Auto
mobilrennen um den Großen Preis von Italien aus Rom
verbreiteten Meldung entgegen, wonach der tödliche Unfall
des Grafen Borowsky auf Mangel des Wagens bezw. Lode
rung der Schrauben zurückzuführen wäre. Das Entspre
chende keineswegs der Wirklichkeit, wie das auch von Augenzeugen
und auch in lokaler Weise von der ausländischen Presse be
stätigt werde.
Stuttgart, 27. Okt. Am Sonntag tagte der erweiterte
Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs in
Stuttgart, um die Vorbereitungen zum Wahlkampf zu treffen.
Es wurde beschlossen, dem Vorschlag des Landesvorstandes
entsprechend, an der bisherigen Kandidatenliste ohne jede
Änderung festzuhalten. An der Spitze der Kandidatenliste
stehen die bisherigen Abgeordneten Keil, Hildenbrand und
Kosmann, sowie der Reichsminister a. D. Schilde.
Karlsruhe, 27. Okt. Gestern abend nach 10 Uhr fuhr
der 35 Jahre alte, verheiratete Kaufmann Neugebauer mit
seinem Motorrad C&E Wald- und Karlstraße in einen Mo
torwagen der Straßenbahn. Neugebauer kam aus der
Waldstraße und überquerte die Karlstraße in der Richtung
Ludwigsplatz während die Straßenbahn von der Hauptpost
in Richtung Bahnhof fuhr. Der Motorradfahrer wurde
vom Motorwagen erfasst und erlitt einen schweren Schädel
bruch und Brustquetschungen. Ein sofort an der Unfallstelle
erschienener Arzt stellte fest, daß die erlittenen Verletzungen
lebensgefährlicher Art sind und ordnete die sofortige Ueber
führung in das städt. Krankenhaus an. Heute vormittag
1/10 Uhr ist Neugebauer seinen schweren Verletzungen im
Krankenhaus erlegen. Der Hergang des Unfalles ist nicht
einwandfrei festgestellt.
München, 28. Okt. Das Hochverratsverfahren gegen
den völkischen Führer von Graße soll nunmehr eröffnet wor
den sein. Ein Beauftragter des Leipziger Staatsgerichtshofes
hat in der vorigen Woche den ehemaligen Generalstaats
kommissar von Raht, den General von Lassow, sowie Seiffert,
Freid und Pöbner vernommen. Das Ergebnis dieser Ver
nehmungen habe zur Eröffnung des Strafverfahrens gegen
von Graße geführt.
München, 27. Okt. Die Bayerische Staatsregierung
teilt mit: In der Hauptverhandlung, die in der vorigen
Woche vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik
gegen die Mitglieder der Organisation „Conjal“ wegen Ge
heimbündelverrats, ist nach Pressmitteilungen die Ver
urteilung der Richter in einer Weise erfolgt, die mit dem Ab
kommen zwischen der bayerischen und der Reichsregierung
über die Bildung des Süddeutschen Senates des Staatsge
richtshofes nicht vereinbar zu sein scheint. Die Bayerische
Staatsregierung hat unverzüglich die erforderlichen Schritte
bei der Reichsregierung unternommen.
Geiselkirchen, 27. Okt. Entsprechend den getroffenen
Vereinbarungen wurde heute die bisher von den Franzosen
betriebene Kokerei der Zeche „Rheinland“ der deutschen Ver
waltung wieder übergeben.
Geiselkirchen, 27. Okt. Die Ehefrau des Arbeiters
Blarast hat heute morgen in einem Anfall von geistiger
Umnachtung zwei ihrer Kinder, einem zweijährigen und einem
zweijährigen, mit einem Brotmesser die Kehle durchgeschnitten,
so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der elfjährige Sohn
entging dem gleichen Schicksal nur durch die Flucht, die ihm
erst nach einem Kampf mit der Mutter gelang.
Dresden, 27. Okt. Nachdem sich der sozialdemokratische
Landesparteitag gestern für die Auflösung des sächsischen
Landtages ausgesprochen hat, wird sich der voraussichtlich am
4. November zusammentretende Landtag sofort mit dieser
Frage zu befassen haben. Eine Landtagswahl, gleichzeitig
mit der Reichstagswahl am 7. Dezember wäre indessen nur
noch möglich, wenn vorher das sächsische Wahlgesetz, wonach
die Wählerlisten mindestens vier Wochen vor dem Wahlter
min ausliegen müssen, abgeändert würde. Es müßte also
vor der Auflösung des Landtages noch ein Gesetzentwurf vor
abgeschickt werden, der die vorgesehene Frist von vier Wochen
auf drei Wochen herabsetzt. Der Aelterentrat und die Mehr
zahl der Landtagsfraktionen nehmen die Arbeit bereits auf.
Leipzig, 27. Oktober. Aus Halle wird gemeldet: Am
Sonntag wurde in ihrer Wohnung die sechsköpfige Familie
des Bauarbeiters Wetmann, durch Leuchtgas vergiftet, tot
aufgefunden. Im Nachbarhaus war tags zuvor ein Gasleucht
rohr gebrochen. Man hatte den Schaden repariert, aber in
folge des Streiks der Gasarbeiter war die Reparatur nur
unvollkommen ausgefallen, so daß das Gas in die Wohnung
geströmt war.
Leipzig, 27. Okt. Die in der O. C. Verurteilung be
absichtigten durch Vorbringen neuer Tatsachen, die dem Ge
richte in der ersten Verhandlung nicht bekannt waren, die
Wiederaufnahme des Verfahrens herbeizuführen, da es gegen
das Urteil des Staatsgerichtes keine Berufung gibt. Die
Angeklagten glauben, daß die Ansicht des Gerichtes über die
O. C. sich wesentlich geändert hätte, wenn eine Reihe von
Zeugen, wie der Untersuchungsrichter Dr. Richter, der Reichs
prokurator Dr. Spieder und andere gehört worden wären.
Braunschweig, 27. Okt. Die sozialistische Landtags
fraktion brachte bei der Landesversammlung einen Gesetzent
wurf ein, wonach sich der Landtag am 6. Dezember auflösen
und Neuwahlen am 7. Dezember stattfinden sollen.
Berlin, 27. Okt. Gegenüber aufbauenden Meldun
gen in einigen Blättern über die Veranstaltungen des Reichs
banners Schwarz-rot-gold in Potsdam, wird dem amtlichen
preussischen Pressedienst gemeldet, daß die Veranstaltung
selbst im allgemeinen störungslos verlief. In den Abend
stunden ist es verschiedentlich zu kleineren Reibereien gekom
men, worüber die polizeilichen Ermittlungen noch nicht ab
geschlossen sind.
Berlin, 28. Okt. Das Berliner Tageblatt hört, daß
die Veruche der aus der deutsch-demokratischen Partei aus
geschiedenen früheren Abgeordneten, bei der Deutschen Volksp
artei Kandidaturen zu finden, gescheitert sind. In diesem
Zusammenhang teilt das Blatt weiter mit, daß die Gründung
einer liberalen Vereinigung beabsichtigt sei. — Wie die
Deutsche Zeitung hört, hat Fürst Bismarck das Angebot des
Deutschnationalen Landesverbandes Weser-Ems, wiederum
für den Reichstag zu kandidieren, abgelehnt. — In der gal
vanischen Anstalt Faulhaber & Co. in der Dresdenerstraße
geriet ein Brand, der durch das Ueberspringen eines Fun
kens in einen Benzinhälter entstand, die Partieräume mit
teilen und einen Teil des ersten Stockes. Materialvorräte
und Maschinen von großem Wert wurden vernichtet. — Aus
dem Dorfe Jangenberg bei Zeitz sind vor einigen Tagen
unter dem Schutz abendlicher Dunkelheit zwei Mädchen im
Alter von 15 und 19 Jahren in einem Auto mit Gewalt
entführt worden. Der Wagen soll die Richtung nach Leipzig
eingeschlagen haben.
Hamburg, 27. Okt. Wie nunmehr feststeht, sind bei
der Gesellschaft für Verwertung von Heeresgut in Zwedow
insolge böswilliger Brandstiftung abends mehrere Körper, die
Abfallprodukte enthielten, explodiert. Der Sachschaden soll
nicht unbedeutend sein. Verluste an Menschenleben seien
nicht zu bezagen.

Flensburg, 27. Okt. Bei der gestrigen Wahl zum
besoldeten Stadtrat siegten die vereinigten bürgerlichen Par
teien mit überwältigender Mehrheit. Der bisherige Stadt
rat Kasten erhielt 7004, der sozialdemokratische Gegenkandidat
Dr. Lehmann 2982 Stimmen.
Wien, 28. Okt. In der Nacht zum Montag sind in
einem Badener Kinderheim sechs Kinder, die zum Schutze
gegen Diphtherie geimpft worden waren, gestorben. Man ver
muet, daß das Präparat sich zerlegt hat.
Bern, 27. Okt. Die Schweiz wird sich dem Genfer
Protokoll gegenüber durchaus abwartend verhalten und ge
gebenenfalls eine Volksabstimmung darüber herbeiführen.
Rom, 27. Okt. Abg. di Roma macht darauf aufmerksam,
daß der französische General Jamet, Kommandeur der
tschechoslowakischen Kriegsschulen, in einem tschechoslowaki
schen Blatt dafür eintritt, daß die Armeen der kleinen Ent
ente einen gemeinsamen Oberbefehlshaber für einen Kriegs
fall erhalten sollten, der natürlich ein Franzose wäre. Ein
solcher politisch militärischer Akt fordere Beachtung angesichts
der großen Heere, über die die kleine Entente verfüge.
Paris, 27. Okt. Blättermeldungen aus Rom zufolge
soll zwischen Italien und Rußland ein Abkommen abge
schlossen worden sein, das Italien eine Konzession auf 33
Jahre in den Bergwerken des Donz ge währt.
Konstantinopel, 27. Okt. Hier trafen Ingenieure der
Firma Bloem u. Vogt, der Erbauerin des früheren deutschen
Kreuzers „Gibben“ ein, um die Reparatur und Aufmontie
rung in die Wege zu leiten. Die türkische Nationalver
sammlung bewilligte für diesen Zweck zunächst eine Million
Pfund. Nach oberflächlichen Schätzungen wird die Repara
tur zwei Millionen kosten. Ein Neubau würde angeblich
nicht unter 20 Millionen Pfund zu bewerkstelligen sein.
Keine Gebühr für Gräberbesuche im Elß.
Der Hilfsbund für die Elß-Vorbringer im Reich hatte
sich wegen eines Erlasses der Unbedenklichkeitskommission dem
Gewährung derselben ohne Erhebung einer Gebühr für die
Reise nach Elß-Vorbringen zu allerbeiden an den Reichs
finanzminister gewandt. Dieser hat, wie wir erfahren, die
Finanzminister von Karlsruhe, Stuttgart und Köln angewiesen,
von der Erhebung der Gebühr von 10 Mark abzusehen. — Das
war auch notwendig. Man würde es nicht verstanden haben,
wenn die Finanzämter auch bei diesem Anlaß ein Geschäft
hätten machen wollen, während die Franzosen mit einer Gebühr
von 3 Franken sich begnügen.
**Finanzminister Krausnick gegen Steuerermäßigungen
für die Landwirtschaft.**
München, 27. Okt. Im Staatshaushaltsausschuß des bayer.
Landtag trat Finanzminister Krausnick den Anträgen des
Bayer. Bauernbundes und der Bayer. Volkspartei (seiner eigen
nen Partei) auf Steuerermäßigung für die Landwirtschaft
scharf entgegen. Er betonte, er könne nicht anerkennen, daß
gegenwärtig den anderen Wirtschaftszweigen eine ganz besondere
Rohlage der Landwirtschaft gegeben sei. Die Regierung werde
bei der Reichsregierung wegen Verlängerung der Sommer
kredit für die Landwirtschaft vorstellig werden. Würde man
den Anträgen folgen, so würde das einen Ausfall von 40-45
Millionen im Haushaltsplan ergeben. Den Weg des Schulden

Die Postbezieher

des „Euztärer“ werden gebeten, die Bestellung für
den Monat November 1924 an der Hand des unten
stehenden Bezugsscheines rechtzeitig zu erneuern.

An die Postanstalt	In frankiert in den nächsten Briefkästen werfen.	Ich bestelle hiermit den „Euztärer“ für den Monat November und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.	
		Name	
		Wohnort	
		Straße und Hausnummer	

Geburts- Namenstags- Künstler- Postkarten

in schöner Auswahl zu haben in der
C. Wechschen Buchhandlung, Neuenbürg.

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte,
Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahlungsscheine,
Kustliebepostkarten, Programme, Bist-, Verlobungs-
und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten,
... Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. ...

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der
„Euztärer“-Druckerei in allen Arten von

Drucksachen!

mögens für laufende Ausgaben könne er nicht mitmachen. Die Vermögenssteuer, wogegen sämtliche Minister die schwersten Bedenken geltend gemacht hätten, sei den Ländern zur Pflicht gemacht worden und müsse erhoben werden. Die Frage der Einkommenssteuer könne nur vom Reichstag entschieden werden. Es gehe nicht an, daß der Landtag sich mit Fragen beschäftige, die nicht zu seiner Zuständigkeit gehörten. Schließlich erklärte der Minister, er werde aus den Beschlüssen des Hauses die Konsequenzen ziehen. Die Anträge werden am Mittwoch weiterberaten.

Zu den Reichstagswahlen.

Berlin, 27. Okt. Nach dem Reichstagsgesetz müssen Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger eines Wahlvorschlags sind. Der Reichsminister des Innern empfiehlt, für Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, diese Glaubhaftmachung ohne weiteres als erbracht anzusehen. In diesen Parteien zählen folgende: Bayer. Volkspartei, Bayer. Bauernbund, Deutsch-Demokrat. Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Zentrumspartei, Deutsch-nationale Volkspartei, Deutsch-Soziale Partei (Landliste), Liste der Kommunisten, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Sozialdemokratische Partei, Wirtschaftsprüfung der Deutsch-Dänischen Partei und Wirtschaftspartei.

Die Rückkehrerlaubnis für die Vertriebenen in der Praxis.

Frankfurt a. M., 27. Okt. Nach der durch die begonnene Räumung des Ruhrgebietes notwendig gewordenen Umgruppierung der französischen Besatzungsarmee werden die kleineren Garnisonen, unter anderem im Taunus, wieder verstärkt. So sind in Idstein 50 Wohnungen für vertriebene Offiziere und Unteroffiziere neu angefordert worden. Dabei warten Hunderte von Ausgewiesenen auf Wohnungsgelassenheit, um von der Rückkehrerlaubnis Gebrauch machen zu können.

Erteilung gegen Stresemann.

Berlin, 27. Okt. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelens schreibt in der B. Z., Stresemann habe aus einem irrtümlichen Zeitungsbericht über seine Damburger Rede eine falsche Schlussfolgerung gezogen und sagt u. a.: Mit keinem Worte habe ich gesagt, daß wir einen Einheitsakt machen, daß wir alle Beziehungen zur Deutschen Volkspartei abbrechen usw. Ich wiederhole, was schon unter erster Wahlkampf sagt: Wir kämpfen für eine Politik der Mitte aber auch gegen eine zum Rechtsblock abgewandte Deutsche Volkspartei. Wenn Stresemann und seine Freunde seine gestrige Thüringer Rede schon bisher zur Grundlage ihrer Politik gemacht hätten, wäre es gar nicht zur Reichstagsanmeldung gekommen.

Deutsche gegen Deutsche.

Breslau, 27. Okt. Blättermeldungen zufolge kam es in Brodau, einem Vorort Breslaus, wo gestern die Einweihung eines Denkmals für die im Weltkrieg Gefallenen stattfand, zu weichen sich neben den Dinterbliebenen auch 300 Stahlhelmlente einfinden, nach der offiziellen Feier zu blutigen Zusammen-

stößen zwischen Stahlhelmlenten und Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-rot-gold. Es gab über 20 Verletzte, darunter mehrere ziemlich schwere. Die Gegner schlugen mit Äxten, die sie von einem an der Straße befindlichen Baum rissen, aufeinander los.

Die Antwort Gerlands an die Demokratische Partei.

Professor Gerland, hat auf das Antwortschreiben des Parteivorstehenden, Reichsminister Koch, in einem längeren Briefe geantwortet, in dem er entschieden in Abrede stellt, daß die Partei nach wie vor eine Mittelpartei sei. Dem steht entgegen, daß ein so prominentes Mitglied, wie Hummel, gerade jetzt den Satz geprägt habe, die Demokratische Partei sei keine Partei der Mitte, sondern eine Linkspartei, und ferner, daß Reichsminister Koch selbst ausgeführt habe, wenn es zu einer Spaltung komme, so stehe die Demokratische Partei links, sie stehe an der Seite der Sozialdemokratie. Damit gebe die Partei trotz aller Wahlversuche die Politik der Mitte auf. Ferner dreiteilt Gerland, daß die Partei irgend etwas genau habe, um zum mindesten die Auswüchse des Sozialismus zu bekämpfen. Sie habe Schoenaich und Luidde trotz ihres Auftretens in der Partei weiter gebildet. Das unter Mitleitung des Ministers Koch stehende Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold habe Reichspropagatorische Reden geschickt und zum Schluß begeistert die Internationale mit angehängt. Die Völkerverbundorganisation innerhalb der Partei habe Formen angenommen, die vom außenpolitischen Standpunkt aus unbegreiflich seien. Jede Tagung der Parteimitglieder sei ausgefüllt gewesen mit Verhandlungen über unerhörte Angriffe gegen Gegner und seine Ansführung. Dies sei ein Sozialismus in Reinfaktur gewesen. In der Wirtschaftspolitik sei die äußerste Rechte eine feste Form gewesen, und Minister Koch werde ja am besten wissen, wie „rein“ die Partei in der Frage der Schuldschuld gewesen sei und noch sei. Der Brief schließt damit, daß eine solche Politik der Mitte vielleicht richtiger als eine Politik der Halbheiten zu bezeichnen sei.

Eine Rede des Reichstagsabgeordneten.

Berlin, 27. Okt. In der Vollstundung des Zentrumsparteitages am Montag erbatte Reichstagsabgeordneter Marx sein großes politisches Merkmal, indem er zunächst die Frage aufwarf, welche Kräfte in der Zentrumspartei lebendig sind. Es seien dies Kräfte der Beharrung auf einem gefundenen Konservatismus, es seien Befürworter der Gegenwart, die mit starker Hand und mit bestem Herzen die neue deutsche Größe aufzurichten wollen. Der Reichstagsabgeordnete ging dann auf die Frage der Außenpolitik ein und erklärte, daß unser Volk und Vaterland in seiner nationalen und materiellen Not eine Gemeinschaft bilde. Es könne nicht die Aufgabe der Menschheit sein, in gegenseitigen Kriegen die feindliche und materielle Wirtschaft der einzelnen Völker zu zerstören. Es gehe nun um die Aufgabe im Völkerverbund, diesen schmerzlichen Willen zu fördern. — Unser Recht auf Leben als Nation bedinge ein freies Deutschland, frei von allen Fesseln, frei von militärischer Besatzung. Es verlange ein großes Deutschland, in dem die ganze deutsche Nationalität vereinigt

werde. Es verlange ein Deutschland mit Kolonien, damit das riesige friedliche Deutschland genügend Auswahlsgebiete für seine Waren und andere Produkte habe. Dieses heilige Recht als freie Nation zu leben, hätten wir nicht verwirkt. Deutschlands Alleinschuld am Krieg sei eine Mär, die aus der geschichtlichen Fortschritt bereits verstanden sei. Das deutsche Volk habe zu der Auffassung, die die Versammlung deutscher Historiker in Frankfurt a. M. vor einigen Wochen dargelegt hat, daß die Frage der schuldhaften Verantwortung einzelner Völker, Länder, Parteien und Personen an der Entfesselung des Weltkrieges nur nach Öffnung der Archive der am Krieg beteiligten Mächte durch gründliche und methodische Quellenforschung entschieden werden könne. Die Beantwortung dieser Frage durch eine Meinungsäußerung der Diplomaten der Siegerstaaten sei eine Unbegreiflichkeit, die in der Weltgeschichte noch nicht gewagt worden sei. Die erzwungene Unterschrift ist für die Feststellung der wissenschaftlichen Wahrheit ohne jede Bedeutung. Die Annahme des Waffenstillstandes und des Versailler Friedensvertrages und des Londoner Vertrages seien für uns die Metten auf dem Weg zur Freiheit unierer Völker.

Macdonald zum angeblichen Brief Sinowjens.

London, 28. Okt. Macdonald erklärte in einer Rede in Cardiff über den angeblichen Brief Sinowjens, das Foreign Office habe den Brief bereits am 10. 10. erhalten und ihn am 15. 10. nach Manchester überfandt, wo er ihn am 16. 10. erhalten habe. Er habe darauf bemerkt, daß die größte Sorgfalt verwandt werden müsse, um zu prüfen, ob der Brief echt sei oder nicht. Wenn er echt sei, müsse er sofort veröffentlicht werden. Inzwischen müsse das Schreiben an Sinowjens entworfen werden, damit im Falle der Echtheit des Briefes keine Zeit verloren werde, um bei der Sowjetregierung Protest zu erheben. Macdonald fuhr fort, diese Bemerkung sei im Foreign Office am 17. 10. eingegangen. Am 21. 10. sei ein Entwurf zur Begutachtung ihm nach Aberdeen übersandt worden, den er bereits am 21. 10. erhalten habe. Am 24. 10. habe er darauf den Entwurf mit Änderungen zurückgeschickt in der Erwartung, daß er ihn mit Beweisen für die Echtheit des Briefes wieder zurückerhalten werde. Am Abend dieses Tages sei er jedoch veröffentlicht worden (Mise: Spionage). Das Foreign Office und jeder seiner Kollegen in der Regierung wisse, daß er diese Propaganda nicht dulden werde.

Die Forderungen Amerikas.

Der Pariser Ausgabe der „Times“ zufolge wird aus Washington gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Beobachter bei der Neuva. Logan, als ihren Vertreter bei der Sachverständigenkonferenz in Paris bestimmte. Der Vertreter der Vereinigten Staaten sei dahin instruiert worden, daß das amerikanische Staatsdepartement wünsche, daß in die Reparationsabhandlungen auch die Befragungskosten für das amerikanische Besatzungsgebiet einbezogen werden. In Washington ist gerade man das Abkommen, das Woodrow Wilson in Paris abgeschlossen hat, als durch den Dawesplan und die Vereinbarungen von London für aufgehoben.

Maul- und Klauenseuche.

Infolge Ausbruchs der Seuche in Elmendingen, Bez.-Amt Pforzheim, fallen die Gemeinden Krenbach, Birkenfeld, Conweiler, Feldrennach und Pfingweiler, Gräfenhausen und Oberhausen, Neuenbürg, Ober- und Unterniebelsbach, Ottenhausen, Schwann in den 15 Km.-Umkreis.

Der Handel mit Klauenvieh und die Abhaltung von Klauenviehmärkten in diesen Gemeinden ist bis auf weiteres nicht gestattet.

Neuenbürg, den 28. Oktober 1924.

Oberamt:
Amtmann Hebel.

Dobel.

Geschäfts-Empfehlung.

Der verehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich eine

Reparatur-Werkstätte

eröffnet habe und empfehle mich in sämtl. Reparaturen, sowie in Lieferung von neuen und alten Fahrrädern bei günstigen Zahlungsbedingungen.

Otto Keller, Fahrradgeschäft.

Puppen-Reparaturen

werden in meiner eigenen Puppen-Klinik prompt und billigst ausgeführt. Ich bitte mir solche jetzt schon zukommen zu lassen.

Moritz Gerwig, Spielwarenhaus, Pforzheim,
beim Sedansplatz.

Sil

Henkel's Bleich- u. Waschmittel

gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und ersetzt die Hasenbleiche Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg!

L. R. Morgen Mittwoch
L. R. Gemischter Chor.
Damen u. Herren um 8 Uhr.
Donnerstag
Voll-Singstunde.

Calmbach.
Ein 1 1/2-jähriges
Zucht-Rind,
Holländer, sehr dem Verkauf aus
Dörling zum „Waldhorn“.

Birkenfeld.
Tätiger
Möbelschreiner
kann sofort eintreten.
Wilhelm Walz, S. m. b. H.

Sie kaufen Ihre
Herren-Kleider
deshalb bei mir günstig, weil

Rein Baden!
Rein Gerichtlich!

Schöttle, Pforzheim,
Dillsteinerstraße 18,
Telefon 2165.

Blütchen
Steckenpferd-
Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radibul
zu hab. i. d. Apoth., Drug. u. Parf. Bn.
Carl Mahler, Seifenfabrik,
Lustnauer Str., C. Ockelmann.

Papier-Servietten,
mit und ohne Druck, liefert rasch die
E. Meck'sche Buchdruckerei, Neuenbürg.

Birkenfeld.
Suche zu kaufen
1,5-6 Landhühner,
1924er Brut.
Fritz Schabbe,
Bahnhofstraße.

Bernbach.
Gefunden
den 19. ds. Monats **Autopuzengliederstücke** mit In-
halt. Näheres bei
Farrtenhalter Pfeifer.

Billige Möbel!
Neue und gebrauchte:
Schränke, Bettstellen, Waschkommoden, Küchenschränke, Büffets, Tische und Stühle, Vertikos, Abstell- u. Bauernische, Herdtische, Rauch- und Nähtische, Blumentrippen, 1 Paravon, 1 Kopierpresse, 1 pol. Sekretär, 1 Galskrant, eichen, pol. Büffel, Röhre, Matrizen, Sofa, Chaiselongues und v. a.
Schöttle, Pforzheim,
Dillsteinerstraße 18,
Telefon 2165.

Getragene Kleider!
Guterhaltene Damen- und Herrenkleider, mehrere kompl. Anzüge billig zu verkaufen.
Schöttle, Pforzheim,
Dillsteinerstraße 18, Tel. 2165.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
27. Oktober 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	94 1/2	94 1/2	Berg. Mt.	3 1/2
3%, Dt. Reichsanl.	1,288	1,290	Baderus Mt.	8,8
4% „	0,825	0,855	Charlottenburger	—
5% „	0,461	0,442	Wolfer Mt.	22 1/2
3 1/2% „ Württ.	—	—	Dahm. Mt. Mt.	2,7
Staatsanleihe	—	—	Ganganau	—
4% „ Staatsanl.	—	—	Eisen Mt.	5
5% „ Glöb. Festwertsch. Obl.	1,57	1,47	Germania	—
5% „ Badische Kohlenanleihe	10	10	Einolam Mt.	11,3
5% „ Heddar-Goldanleihe	—	2,6	Harp. Bergh. Mt.	79 1/2
Börs. Bank Mt.	10,1	10,1	Höchst. Farb. Mt.	45 1/2
Disconto-Command. Mt.	11,602	11 1/2	Jungbus Mt.	9
Reichsbank Mt.	49,4	50	Köln-Kottm. Mt.	8
Rhein. Creditbank Mt.	2 1/2	2,2	Kollmor & Saur- ban Mt.	19 1/2
Wirtt. Vereinsbank Mt.	2,4	2,4	Merling Mt.	4,7
Harag Mt.	24 1/2	24,3	Neurohütte Mt.	4,7
Hardd. Pfand Mt.	4,1	4	Pragier Mt.	2 1/2
Wlg. Lokalb. Mt.	44	41	Ramsfeld Mt.	2,9
Elekt. Hochb. Mt.	55	55	R. S. H. Mt.	5,4
R. G. Mt.	7 1/2	7 1/2	Reichswerke Mt.	6,4
Bad. Anilin Mt.	17 1/2	17 1/2	Sol. Sichel Mt.	2,95
			Wald. Holz Mt.	22
			Wald. Elek. Mt.	2,6
			Wald. Holz Mt.	4,6
			Wald. Holz Mt.	7 1/2

Ein gutgehendes Geschäft
in der besten Lage Neuenbürgs mit samt Inventar zu übergeben. 2500—3000 Mark Kapital erforderlich. Angebote an die „Emsländer“-Geschäftsstelle unter S. 28.

Zur Geschäftseröffnung!
Schürzenstoffe von Mark 1.25 an,
Sportkanelle von Mark 0.95 an,
Aussteuerartikel und Kleiderstoffe zu billigen Preisen.
R. Kirchner, Pforzheim, Weiherstraße 28.

Speisegelberüben,
gesunde haltbare Ware, 3.50 Mark per Zentner empfiehlt
Landwirt Rimmich, Kleinjachsenheim.
Mit Bestellung bitte Sade senden!

Ich besorge den kommissionsweisen Verkauf von
prima Alb-Haser,
Ernte 1923 und 1924, in Waggon- und Teilladungen.
Karl Hoch, Laichingen.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
27. Oktober 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	94 1/2	94 1/2	Berg. Mt.	3 1/2
3%, Dt. Reichsanl.	1,288	1,290	Baderus Mt.	8,8
4% „	0,825	0,855	Charlottenburger	—
5% „	0,461	0,442	Wolfer Mt.	22 1/2
3 1/2% „ Württ.	—	—	Dahm. Mt. Mt.	2,7
Staatsanleihe	—	—	Ganganau	—
4% „ Staatsanl.	—	—	Eisen Mt.	5
5% „ Glöb. Festwertsch. Obl.	1,57	1,47	Germania	—
5% „ Badische Kohlenanleihe	10	10	Einolam Mt.	11,3
5% „ Heddar-Goldanleihe	—	2,6	Harp. Bergh. Mt.	79 1/2
Börs. Bank Mt.	10,1	10,1	Höchst. Farb. Mt.	45 1/2
Disconto-Command. Mt.	11,602	11 1/2	Jungbus Mt.	9
Reichsbank Mt.	49,4	50	Köln-Kottm. Mt.	8
Rhein. Creditbank Mt.	2 1/2	2,2	Kollmor & Saur- ban Mt.	19 1/2
Wirtt. Vereinsbank Mt.	2,4	2,4	Merling Mt.	4,7
Harag Mt.	24 1/2	24,3	Neurohütte Mt.	4,7
Hardd. Pfand Mt.	4,1	4	Pragier Mt.	2 1/2
Wlg. Lokalb. Mt.	44	41	Ramsfeld Mt.	2,9
Elekt. Hochb. Mt.	55	55	R. S. H. Mt.	5,4
R. G. Mt.	7 1/2	7 1/2	Reichswerke Mt.	6,4
Bad. Anilin Mt.	17 1/2	17 1/2	Sol. Sichel Mt.	2,95
			Wald. Holz Mt.	22
			Wald. Elek. Mt.	2,6
			Wald. Holz Mt.	4,6
			Wald. Holz Mt.	7 1/2